

Standpunkt des Landeselternbeirats (LEB) zur aktuellen Berichterstattung über die Karolina-Burger-Schule in Ludwigshafen

Der Landeselternbeirat sieht die derzeitige mediale Berichterstattung über die Karolina-Burger-Schule in Ludwigshafen und den Realschulen insgesamt mit großer Sorge. Aus unserer Sicht ist es äußerst schwierig und belastend für eine Schulgemeinschaft, wenn interne Angelegenheiten wiederholt öffentlich aufgegriffen und zugespitzt dargestellt werden. Die kontinuierliche mediale Aufmerksamkeit führt dazu, dass Schüler*innen, Eltern sowie Lehrkräfte vor Ort einer dauerhaften Belastung ausgesetzt sind.

Schulen sind sensible soziale Räume, in denen Kinder und Jugendliche lernen, sich entwickeln und Sicherheit erfahren sollen. Eine anhaltend negative Berichterstattung kann dieses Umfeld erheblich stören. Schüler*innen laufen Gefahr der Stigmatisierung, beispielsweise durch Vorurteile gegenüber ihrer Schule. Dies kann ihr Selbstwertgefühl beeinträchtigen, zu Ausgrenzung führen und zusätzlichen Druck im schulischen Alltag erzeugen.

Wiederkehrende negative Schlagzeilen können bei Eltern Verunsicherung hervorrufen und Misstrauen gegenüber der Schule schüren. Viele Zusammenhänge sind komplex und lassen sich nicht in kurzen medialen Beiträgen darstellen. Eltern benötigen vorurteilsfreies Vertrauen in die Schule und ein stabiles Umfeld für ihre Kinder.

Für Lehrkräfte bedeutet eine dauerhafte öffentliche Kritik häufig eine zusätzliche Belastung neben ihrem ohnehin anspruchsvollen beruflichen Alltag. Pauschale und unreflektierte Darstellungen können die professionelle Arbeit der Kollegien in ein verzerrtes Licht rücken und Motivation sowie Arbeitsklima beeinträchtigen.

Hinzu kommt, dass die bisherigen Interviews und Stellungnahmen des LEB in Teilen der Berichterstattung in einen verzerrten Kontext gestellt werden. Dadurch entsteht in der Öffentlichkeit ein Meinungsbild, das nicht unserer tatsächlichen Position entspricht.

Darüber hinaus haben wir zunehmend den Eindruck, dass journalistische Beiträge nicht immer ausreichend recherchiert sind und teilweise unvollständige oder fehlerhafte Informationen verbreitet werden. Gerade bei sensiblen Themen rund um Schulen ist jedoch eine sorgfältige, differenzierte und verantwortungsvolle Berichterstattung besonders wichtig. Eine diskriminierende Berichterstattung lehnt der LEB explizit ab.

Zudem entsteht zunehmend der Eindruck, dass die Situation dieser Schulen politisch instrumentalisiert wird. Schulen dürfen jedoch nicht zum Spielball politischer Auseinandersetzungen werden. Im Mittelpunkt müssen immer die Interessen der Schüler*innen sowie ein konstruktives Miteinander der gesamten Schulgemeinschaft stehen.

Der Landeselternbeirat ist überzeugt, dass nachhaltige Lösungen nicht über Headlines und zugespitzte Berichterstattung entstehen. Kommunikation und Problemlösung gelingen vor

allem durch kontinuierlichen Austausch vor Ort zwischen allen beteiligten Parteien, den Schüler*innen, Eltern, Lehrkräften und der Schulleitung sowie gegebenenfalls mit externer fachlicher Unterstützung.

Aus diesen Gründen ist es dem Landeselternbeirat ein wichtiges Anliegen, konkret vor Ort zu unterstützen. Der Regionalelternbeirat steht den Beteiligten beratend und unterstützend zur Seite. Diese Arbeit erfolgt bewusst im direkten Austausch und nicht über öffentliche Inszenierung.

Der Landeselternbeirat appelliert daher an Medien, Politik und Öffentlichkeit verantwortungsvoll mit der Situation umzugehen, sorgfältig zu recherchieren und den Fokus auf sachliche Lösungen sowie die Unterstützung der Schulgemeinschaft vor Ort zu legen. Hierzu möchte der LEB die publizistischen Grundsätze (Pressekodex) in Erinnerung rufen.